

Nachhaltigkeit

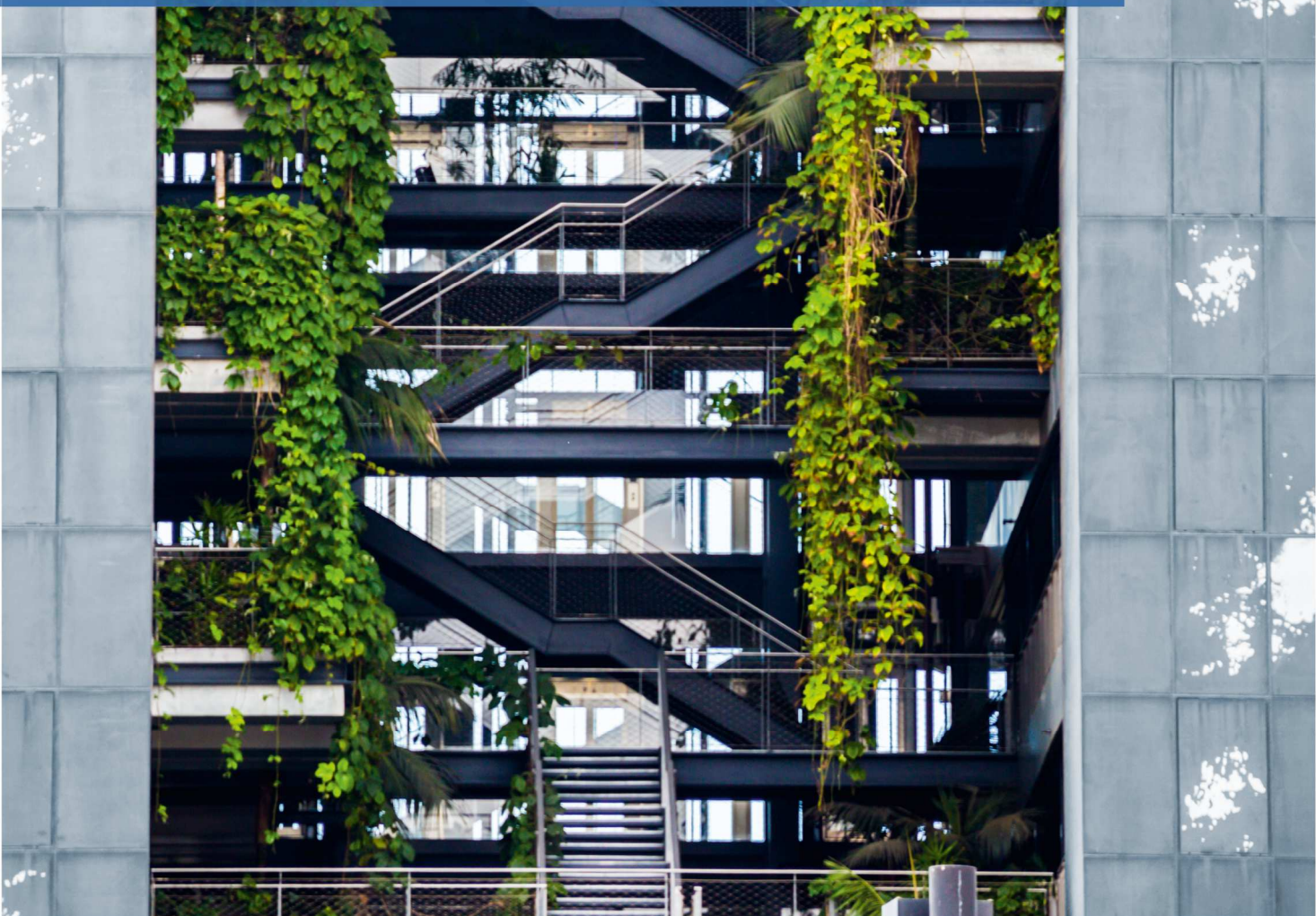
Generationengerechtigkeit

Position

Stand: Mai 2021

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Berechtigte Interessen der Generationen in Ausgleich bringen

Die Frage, welches Erbe wir kommenden Generationen hinterlassen, stellt sich auf allen Ebenen und in verschiedenen Dimensionen. Besonders deutlich zeigt sie sich im Bereich der Ökologie, denn von den Auswirkungen des Klimawandels werden maßgeblich künftige Generationen betroffen sein, obwohl sie nicht Verursacher sind.

Durch die Corona-Pandemie und den Anstieg der Staatsverschuldung zur Abfederung der Krisenfolgen rücken aber auch soziale Fragen vermehrt in den Fokus. Es besteht die Gefahr, dass zukünftige Handlungsspielräume erheblich eingeschränkt werden und sich die Ausgangsbedingungen zunehmend verschlechtern.

Diese berechtigten Bedenken dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt die Lebensbedingungen für alle Generationen in unserem Land so gut sind wie nie zuvor. Wir haben ein sehr hohes Wohlstandsniveau erreicht, von dem alle Teile der Gesellschaft profitieren. Die Digitalisierung und der technische Fortschritt bieten gerade für junge Menschen ungeahnte Chancen, ihre Zukunft zu gestalten und alle Möglichkeiten zu nutzen.

In unserem Positionspapier zeigen wir auf, wie gut es aktuell gelingt, die Interessen der Generationen in Ausgleich zu bringen und wo Handlungsbedarf besteht, um das Ziel der Generationengerechtigkeit noch besser zu verwirklichen.

Bertram Brossardt
Mai 2021

Inhalt

Position auf einen Blick	2	
1	Generationengerechtigkeit - Begriffsbestimmung	3
2	Chancen künftiger Generationen	4
2.1	Gute wirtschaftliche Ausgangsbedingungen als Chance für die Zukunft	4
2.2	Bildung, Arbeitsmarkt und Teilhabe – gute Perspektiven für junge Menschen	5
2.3	Hohe Priorität von Umwelt- und Klimaschutz auf der politischen Agenda	7
3	Herausforderungen für die Generationengerechtigkeit	9
3.1	Hoher Schuldenstand und implizite Staatsverschuldung gefährden Zukunftsperspektiven	9
3.2	Chancengerechtigkeit und Teilhabe weiter verbessern	11
3.3	Umwelt- und Klimaschutzziele durch nachhaltiges Wachstum erreichen	12
Ansprechpartner / Impressum		13

Position auf einen Blick

Trotz guter Ausgangsbedingungen bestehen weiter Herausforderungen, die das Ziel der Generationengerechtigkeit gefährden.

Generationengerechtigkeit lässt sich mit dem Anspruch umschreiben, dass die Chancen künftiger Generationen mindestens genauso gut sein sollen, wie die Chancen heute. Das bedeutet, dass bereits jetzt die Interessen der verschiedenen Generationen in Ausgleich gebracht und gleichzeitig Handlungsspielräume für künftige Generationen gesichert werden müssen.

In vielen Bereichen gelingt es bereits sehr gut, Generationengerechtigkeit zu verwirklichen. So sind im Bildungswesen über die letzten Jahre deutliche Fortschritte erzielt worden, die jungen Menschen gute Ausgangsbedingungen für den Start in das Arbeitsleben und ein eigenverantwortliches Leben bieten. Das zeigt sich an den im langen Trend rückläufigen Zahlen der Schulabgänger ohne Abschluss und dem insgesamt gestiegenen Bildungsniveau.

Durch den demografischen Wandel, der in den nächsten Jahren das Erwerbspersonenpotenzial deutlich reduzieren wird, bieten sich optimale Chancen auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Fortschritte sind auch bei den zentralen Themen Klima- und Umweltschutz zu verzeichnen. Durch die Politik wurden die nötigen Weichenstellungen vorgenommen und ambitionierte Klimaschutzziele festgeschrieben. Jetzt kommt es darauf an, den Weg zur Klimaneutralität so zu gestalten, dass Wohlstand und Wachstum nicht verloren gehen. Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit darf diese Transformation die gesellschaftliche Teilhabe nicht gefährden, sondern muss Perspektiven für alle schaffen.

Eine der größten Herausforderungen liegt in den Aufgaben- und Ausgabenschwerpunkten der Haushaltspolitik. Durch die Neuverschuldung im Zuge der Corona-Krise hat sich diese Problematik weiter verschärft. Wir richten den Fokus zu stark auf die Gegenwart und zu wenig auf Investitionen, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern. Hier gilt es gegenzusteuern und Prioritäten neu zu ordnen. Das gilt beispielsweise für die digitale Infrastruktur, um generationenübergreifend die digitale Teilhabe zu ermöglichen.

Gleichzeitig müssen wir vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dringend nachhaltige Finanzierungskonzepte für unsere sozialen Sicherungssysteme auf den Weg bringen. Andernfalls droht eine finanzielle Überlastung junger und nachfolgender Generationen, die mit dem Gedanken der Generationengerechtigkeit nicht vereinbar ist.

1 Generationengerechtigkeit - Begriffsbestimmung

Generationengerechtigkeit im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung

Wie bei vielen anderen Gerechtigkeitsbegriffen auch, fehlt eine allgemeingültige Definition darüber, was unter Generationengerechtigkeit zu verstehen ist. Der Begriff zielt darauf ab, das Handeln heutiger Generationen unter der Perspektive zu beurteilen, ob dadurch Handlungsspielräume zukünftiger Generationen beeinträchtigt werden. Diese Einordnung greift aber dahingehend zu kurz, als vernachlässigt wird, welche Abhängigkeiten und Zusammenhänge zwischen den Interessen von Alt und Jung bestehen. Ebenso wird nicht darauf eingegangen, dass junge Menschen von heute mehr oder weniger bald zur älteren Generation zählen.

Hilfreicher ist als Leitbild der Fokus auf Chancengerechtigkeit in dem Sinne, dass die Chancen künftiger Generationen mindestens so gut sein sollen, wie die Chancen der heutigen. Diese Interpretation von Generationengerechtigkeit grenzt damit eng an das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung. So beschreibt der Brundtland Bericht nachhaltige Entwicklung als „[...] eine Entwicklung, die die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhält“. Eine nachhaltige Entwicklung trägt demzufolge dazu bei, das Ziel der Generationengerechtigkeit zu erreichen, da die Interessen der einzelnen Generationen in Ausgleich gebracht werden und gleichzeitig Handlungsspielräume für künftige Generationen erhalten bleiben.

Um zu einer Einschätzung zu gelangen, wie gut das Ziel der Generationengerechtigkeit erreicht wird und an wo Handlungsbedarf besteht, kann eine Orientierung an Indikatoren erfolgen, die auch in gängigen Nachhaltigkeitsstrategien zu Grunde gelegt werden. Analog zum Konzept der Nachhaltigkeit, das die drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales umfasst und den Ausgleich von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen anstrebt, können diese drei Perspektiven auch bezüglich der Generationengerechtigkeit in den Fokus genommen werden.

In der ökonomischen Perspektive sind beispielsweise Themen wie Verschuldung, Zukunftsinvestitionen sowie Steuer- und Abgabenbelastungen für die Generationengerechtigkeit von Relevanz.

Im Bereich Soziales sind unter anderem Aspekte wie Bildungsgerechtigkeit und Teilhabechancen zu beachten.

Für den Bereich der Ökologie stellt sich die Frage, wie gut Natur und Umwelt für nachfolgende Generationen bewahrt werden und wie mit dem Klimawandel umgegangen wird.

2 Chancen künftiger Generationen

Das hohe Wohlstandsniveau und die globale Vernetzung bieten noch nie dagewesene Möglichkeiten zur Lebensgestaltung.

Losgelöst von den derzeitigen Einschränkungen durch die Corona-Krise sind die Lebensbedingungen in unserem Land für alle Generationen so gut wie nie zuvor. Von dem Wohlstand, der über die letzten Jahrzehnte erwirtschaftet wurde, profitiert ganz besonders die jungen Generationen, da sie optimale Startbedingungen vorfinden. Gleichzeitig führen der technologische Fortschritt und die Digitalisierung dazu, dass jungen Leuten sprichwörtlich die „Welt zu Füßen liegt“, denn noch nie war es leichter, sich quer über den Erdball zu vernetzen, miteinander auszutauschen und neue Kulturen und Länder kennenzulernen.

2.1 Gute wirtschaftliche Ausgangsbedingungen als Chance für die Zukunft

Im Jahr 2019 lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei ca. 39.000 Euro pro Einwohner. Im Zeitraum zwischen 1991 und 2019 hat sich das BIP je Einwohner*in preisbereinigt um insgesamt 40,2 Prozent erhöht. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zeigt sich auch darin, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise rasch überwunden werden konnten und bereits im Jahr 2011 wieder das Vorkrisenniveau erreicht wurde. Entsprechend ist es durchaus realistisch, dass auch die Auswirkungen der Corona-Krise keine nachhaltig dämpfende Wirkung auf unser Wirtschaftswachstum haben werden. Junge und künftige Generationen werden also auch in Zukunft eine solide wirtschaftliche Ausgangsbasis vorfinden, die neben Investitionen ein hohes Maß an sozialer Absicherung ermöglicht.

Wirtschaftswachstum bildet die Basis für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das gilt sowohl für die staatliche als auch die privatwirtschaftliche Ebene. Auf staatlicher Seite tragen erfolgreiche Unternehmen maßgeblich zum Steueraufkommen bei und stärken so die Einnahmenbasis. Ohne Wirtschaftswachstum sind wichtige Infrastrukturinvestitionen, wie beispielsweise der Breitbandausbau nicht möglich. Ebenso würden Ausgaben für Bildung und Betreuung geringer ausfallen müssen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist Wirtschaftswachstum deshalb von zentraler Bedeutung.

Auch wenn im Zuge der Corona-Krise die Schuldenbremse ausgesetzt wurde, muss anerkannt werden, dass Deutschland bezüglich der Konsolidierung der Staatsfinanzen zuletzt auf einem sehr guten Weg war. Nach einem Anstieg der Verschuldung im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, gelang seit 2012 ein kontinuierlicher Abbau der Staatsverschuldung. In 2019 lag die Schuldenstaatsquote mit 59,6 Prozent erstmals seit 2002 wieder unter dem Referenzwert von 60 Prozent nach den Maastrichtkriterien.

Seit dem Jahr 2012 werden auch für das Staatsdefizit und das strukturelle Defizit die Kriterien des Maastricht-Vertrages eingehalten (Staatsdefizit max. drei Prozent des BIP, strukturelles Defizit max. 0,5 Prozent des BIP).

Die Einführung der Schuldenbremse ist aus Perspektive der Generationengerechtigkeit eindeutig zu begrüßen, da sie effektiv verhindert, dass nachfolgenden Generationen ein Schuldenberg vererbt wird. Entsprechend sollte sie in jedem Fall rasch wieder eingesetzt werden.

Besonders relevant für junge und künftige Generationen ist die Entwicklung der privaten Vermögen in Deutschland, da ihnen diese über Erbschaften unmittelbar zu Gute kommen. Mit ca. 6,7 Billionen Euro haben die privaten Vermögen in Deutschland im dritten Quartal 2020 einen Höchststand seit 2015 erreicht. Auch diesbezüglich sind die finanziellen Ausgangsbedingungen für viele junge Menschen gut.

2.2 Bildung, Arbeitsmarkt und Teilhabe – gute Perspektiven für junge Menschen

Die Zukunftschancen der jungen Generation hängen maßgeblich davon ab, wie gut es uns gelingt, durch das Bildungssystem für alle – unabhängig von der persönlichen Herkunft – gute Startbedingungen zu schaffen. In einer alternden Gesellschaft ist dieser Aspekt aber auch von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, da wir gut ausgebildete jungen Menschen brauchen, um auch in Zukunft den Fachkräftebedarf der Unternehmen zu sichern und so Wertschöpfung am Standort Deutschland zu halten. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und Bayern ist abhängig von den Menschen, die wir momentan ausbilden.

Maßgeblich für die Ausgestaltung des Bildungswesens und somit die Spielräume, die sich ergeben, um Bildungsprozesse zu gestalten, sind die Ausgaben für Bildung. In Deutschland ist das Bildungsbudget über die letzten Jahre (2010 bis 2018) um 24,6 Prozent gestiegen. Absolut wurden in Deutschland in 2018 218,3 Milliarden Euro für Bildung aufgewendet.

Bis zum Jahr 2013 ist es konsequent gelungen, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu senken. Während im Jahr 2002 noch über neun Prozent der Abgänger die Schule ohne einen Abschluss verlassen haben, waren es im Jahr 2013 nur noch 5,2 Prozent. Seitdem ist jedoch wieder ein leichter Anstieg auf 6,6 Prozent im Jahr 2019 zu verzeichnen. Daraus folgt, dass an dem Ziel, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu reduzieren, weiter unvermindert gearbeitet werden muss.

Fortschritte sind auch bei der Bildungsmobilität erkennbar. Bildungsmobilität beschreibt den Zusammenhang zwischen dem Bildungsstandard der Eltern und dem erreichten Bildungsabschluss der Kinder. Insgesamt ist in Deutschland über die letzten Jahrzehnte das Bildungsniveau gestiegen. Entsprechend ist auch die Wahrscheinlichkeit gestiegen, einen höheren Bildungsabschluss als die eigenen Eltern zu erreichen. Diese Entwicklung kann als

Beleg dafür dienen, dass Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung über die letzten Generationen hinweg abgebaut wurden.

Die berufliche Qualifikation, die im Rahmen einer beruflichen Ausbildung erworben wird, gilt als zentrales Element bei der individuellen Entwicklung von jungen Menschen und ermöglicht ihnen einen zukunftssicheren Einstieg in das Arbeitsleben. Aus wirtschaftlicher Sicht ist sie ein unerlässliches und entscheidendes Aktionsfeld für die nachhaltige Fachkräftesicherung.

In den letzten Jahren sind viele Schritte hin zu mehr Anschlussfähigkeit in andere Bereiche des Bildungssystems gegangen worden: Seit 2009 ist der Zugang zur Hochschulbildung ausgeweitet worden und Meister, Techniker und Fachwirte haben eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Auch Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und dreijähriger Berufstätigkeit steht der Weg zur Hochschule seit 2011 in einschlägigen Studienfächern offen. Der Anteil beruflich Qualifizierter an den Studienanfängern erhöht sich damit kontinuierlich.

In Bayern gibt es mittlerweile deutlich mehr unbesetzte Stellen als unvermittelte Bewerber. Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist Ausdruck des Bestrebens der Betriebe, ihren Fachkräftenachwuchs durch Ausbildung zu sichern. Aufgrund rückläufiger Bewerberzahlen wachsen jedoch – mit unterschiedlichen Ausprägungen in den Branchen und Regionen – die Probleme ausbildungswilliger Betriebe, passende Bewerber zu finden. Eine Herausforderung ist es daher, die regionale und sektorale Passung von Angebot und Nachfrage zu erweitern und die regionale Mobilität zu erhöhen.

Deutschlandweit ist die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen seit 2009 kontinuierlich angestiegen. 2018 blieben bundesweit 57.700 Ausbildungsstellen unbesetzt, was dem höchsten Wert seit 1994 entspricht. Auch wenn durch die Corona-Krise zuletzt die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen gesunken ist, stehen rein rechnerisch stand Ende März 2021 bundesweit einem Ausbildungssuchenden 1,29 Ausbildungsstellen gegenüber. In Bayern liegt dieses Verhältnis sogar bei 1,67. Die Herausforderung wird somit auch künftig darin bestehen, das Matching zwischen Bewerber und Ausbildungsbetrieb zu verbessern.

Aber nicht nur mit Blick auf die duale Berufsausbildung stellt sich die Situation für junge Menschen gut dar. Auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sind die Chancen gut. Durch die demografische Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren das Erwerbspersonenpotenzial spürbar verringern. Aktuelle Vorausberechnungen gehen davon aus, dass sich das Erwerbspersonenpotenzial bis zum Jahr 2035 um etwa sechs Prozent reduzieren wird (von 47,3 Mio. Erwerbspersonen Stand 2018 auf 44,3 Mio. in 2035). Dieser Rückgang basiert auf der Annahme einer durchschnittlichen Nettozuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr. Wird keine Zuwanderung in diesem Umfang realisiert, fällt der Rückgang entsprechend größer aus.

Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass die Nachfrage nach gut qualifizierten Fachkräften in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Für junge Leute ergeben sich so vielfältige Möglichkeiten, beruflich durchzustarten.

2.3 Hohe Priorität von Umwelt- und Klimaschutz auf der politischen Agenda

Im Kontext der Generationengerechtigkeit kommt dem Umwelt- und Klimaschutz eine besondere Bedeutung zu. Unser Handeln heute kann zu langfristig irreversiblen Schädigungen führen, die die Lebensumstände künftiger Generationen negativ tangieren. Ziel muss es daher sein, endliche Ressourcen zu schonen und unseren Wohlstand mit möglichst geringen Umweltbelastungen und effizientem Ressourceneinsatz zu erwirtschaften. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen betrifft aber nicht nur das Wirtschaftsleben, sondern umfasst alle Lebensbereiche und betrifft damit jeden Einzelnen unmittelbar.

Die Themen Umwelt- und Klimaschutz nehmen sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene eine hohe Priorität auf der politischen Agenda ein. So ist das Aufbauinstrument „NextGenerationEU“, mit dem die Europäische Union dazu beitragen will, die Auswirkungen der Corona-Krise auf Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern, klar darauf ausgelegt, den ökologischen und digitalen Wandel in den Mitgliedsstaaten voranzutreiben.

Auch in Deutschland steht der Klima- und Umweltschutz seit langem auf der politischen Agenda. Deutschland setzt sich ehrgeizige Klimaschutzziele, beispielsweise beim Umstieg auf erneuerbare Energien und beim Ausstieg aus der Kohle sowie bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen. Zudem steht die Mobilitätswende im Fokus und energieeffizientes Bauen und Sanieren werden gefördert. Zentrales Ziel ist es, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein.

Ein wichtiger Baustein ist hierbei der Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien am Brutto-Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 Prozent, bis 2030 auf 30 Prozent, bis 2040 auf 45 Prozent und bis 2050 auf 60 Prozent zu erhöhen. Zwischen 2005 und 2019 stieg der Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch von 7,1 auf 17,7 Prozent, somit wird das Ziel für 2020 höchstwahrscheinlich erreicht.

Ebenfalls positiv zu beurteilen ist die Entwicklung des Anteils des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen gemessen am Bruttostromverbrauch. Der Anteil soll im Jahr 2020 bei 35 Prozent liegen und 2030 bereits 65 Prozent betragen. Im Zeitraum von 2005 bis 2019 erhöhte sich der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von 10,3 auf 42,0 Prozent. Damit wurde das im Energiekonzept der Bundesregierung für 2020 angestrebte Ziel bereits im Jahr 2017 erfüllt.

Auch bei der Reduktion der Treibhausgase sind deutliche Fortschritte zu erkennen. Seit 1990 ist ein Rückgang der Treibhausgasemissionen um 35,7 Prozent (Stand 2019) zu verzeichnen.

Positiv hervorzuheben ist auch die Entwicklung der Gesamtrohstoffproduktivität. Dieser Indikator setzt den preisbereinigten Wert des inländischen Konsums, der inländischen Investitionen und der Exporte ins Verhältnis zur Masse aller nichterneuerbare Rohstoffe und

pflanzliche Erzeugnisse, die weltweit für die Herstellung der entsprechenden in Deutschland genutzten Güter eingesetzt wurden. Der Wert des Indikators nahm von 2000 bis 2016 um 35 Prozent zu, was zeigt, dass zur Produktion einer Gütereinheit zunehmend weniger Rohstoffe nötig sind, da ein immer effizienterer Umgang mit ihnen gelingt.

3 Herausforderungen für die Generationengerechtigkeit

Die Folgen der Corona-Krise und die Belastungen aus dem demografischen Wandel werden zur Herausforderung für die Generationengerechtigkeit.

Die Corona-Krise hat für jungen Menschen zu deutlichen Einschnitten geführt. Geschlossene Schulen, eingeschränkte Freizeit- und Sportmöglichkeiten sowie Kontaktbeschränkungen treffen Heranwachsende häufiger stärker als ältere Menschen da gerade in der Jugend das soziale Umfeld aus Freunden eine zentrale Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung hat. Gleichzeitig werden junge und nachfolgende Generationen auch maßgeblich davon betroffen sein, wenn die zur Abfederung der Folgen aus der Corona-Krise entstandenen Schulden der öffentlichen Haushalte wieder abgebaut werden müssen.

Hinzu kommen zusätzliche Herausforderungen, wie der demografische Wandel und die Klimakrise, die die Zukunft junger Menschen maßgeblich prägen werden.

3.1 Hoher Schuldenstand und implizite Staatsverschuldung gefährden Zukunftsperspektiven

Die Maßnahmen zur Abfederung von Auswirkungen der Corona-Krise führen zu einem Recordschuldenstand. Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie lag der Schuldenstand bei 1,3 Billionen Euro, nach der Krise wird dieser nach derzeitigem Stand bei 1,75 Billionen Euro liegen. Die Corona-Krise hätte demnach eine Neuverschuldung in Höhe von 452 Milliarden Euro (im Zeitraum 2020 - 2022) nach sich gezogen.

Die Schuldenquote Deutschlands wird 2021 schätzungsweise bei 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Damit wird zwar das Maastrichtkriterium von 60 Prozent verletzt, die Verschuldung bewegt sich aber noch in einem Rahmen, der mittelfristig einen Abbau der Schulden möglich macht. Notwendig hierfür sind allerdings eine Haushaltskonsolidierung und klare Impulse für Investitionen, die das Wirtschaftswachstum nach der Krise ankurbeln.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt jedoch, dass die deutsche Haushaltspolitik den Fokus weniger auf Investitionen als auf Ausgaben zur Absicherung des Gemeinwesens und des Sozialstaats richtet. Im Jahr 2019 betrug das Sozialbudget 1.040,3 Mrd. Euro. Die Sozialleistungsquote (Höhe der Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) lag 2019 bei 30,3 Prozent. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung lagen zuletzt bei 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit sogar unter der Zielmarke von 3,5 Prozent, die sich die Bundesregierung gesetzt hat. Ein Großteil der Investitionen in Forschung und

Entwicklung wird zudem durch die Privatwirtschaft erbracht (68,9 Prozent der Gesamtausgaben). Das Zahlenbeispiel zeigt, dass der Fokus zu wenig auf Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gelegt wird.

In den letzten Jahren sind die Sozialausgaben sogar stärker gewachsen als die Wirtschaft. Diese Entwicklung ist kritisch zu sehen, da wachsende Sozialausgaben nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Wirtschaftsleistung gedeckt sind. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es außerdem problematisch, dass die Sozialausgaben schwerpunktmäßig in die Sozialversicherungssysteme fließen und damit tendenziell Älteren zu Gute kommen. Allein die Ausgaben für die Rentenversicherung machen über 30 Prozent des Sozialbudgets aus. Zum Vergleich: In die Kinder- und Jugendhilfe fließen lediglich 49,7 Milliarden Euro, was einem Anteil von unter fünf Prozent am Sozialbudget entspricht.

Besonders kritisch ist, dass viele Leistungsversprechungen in der sozialen Sicherung heute gegeben werden, die Kostenbelastung aber sukzessive erst in den nächsten Jahren auftritt und dann anwächst. Die entsprechenden Ausgaben tauchen somit heute noch nicht im Haushalt auf, stellen aber in Zukunft eine Belastung dar. Eine Abschätzung darüber, wie hoch diese Belastung ausfallen kann, gibt die Stiftung Marktwirtschaft regelmäßig in ihrer sogenannten Generationenbilanz an. Demnach würde die implizite Staatsverschuldung für Leistungsversprechen, die in der Zukunft liegen, ohne die Corona-Pandemie 176 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Durch die Corona-Pandemie wird diese Lücke auf 297,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts taxiert. Entsprechend ergibt sich ein weit höherer Schuldenstand, als ausgewiesen wird.

Vor diesem Hintergrund sind weitere Leistungsausweitungen in den einzelnen Sozialversicherungszweige kritisch zu beurteilen. Ohne ein solides Finanzierungskonzept droht eine Überlastung der jungen und künftigen Generationen.

Die Corona-Krise hat einen weiteren Schwachpunkt bei den Ausgabenprioritäten aufgedeckt. Vom Ziel eines flächendeckenden Breitbandausbaus sind wir in Deutschland immer noch weit entfernt. Mitte 2020 standen für 55,9 Prozent der Haushalte in Deutschland gigabitfähige Internetanschlüsse (≥ 1000 Mbit/s) zur Verfügung. Zudem zeigt sich ein deutliches Stand-Land-Gefälle. Während in städtischen Gebieten 74,6 Prozent der Haushalte über einen Gigabitanschluss verfügen, sind es in ländlich geprägten Gebieten lediglich 16,7 Prozent.

Da in ländlichen Räumen der Breitbandausbau für private Anbieter häufig unwirtschaftlich ist, sind staatliche Fördermaßnahmen nötig. Entsprechende Investitionen sind auch mit Blick auf die Generationengerechtigkeit zu befürworten, denn sie schaffen Perspektiven für junge Leute auf dem Land.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass die Ausgaben- und Aufgabenschwerpunkte in Deutschland zu stark auf die Gegenwart gerichtet sind und zu wenig in den Blick nehmen, wie der Wohlstand in unserem Land langfristig gesichert werden kann. Hier ist dringend ein Umdenken nötig.

3.2 Chancengerechtigkeit und Teilhabe weiter verbessern

Ein wichtiger Aspekt der Generationengerechtigkeit erstreckt sich drauf, wie gut es einer Gesellschaft gelingt, jeden einzelnen unabhängig von der sozialen Herkunft, die Chancen auf gute Bildung und berufliche Perspektiven zu geben. Beides ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

In Deutschland sind jedoch die Bedeutung des sozioökonomischen Umfelds und die Herkunft immer noch vergleichsweise prägend für den Bildungserfolg, wie aktuelle Zahlen der OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigen. Beim letzten PISA (Programme for International Student Assessment)-Lesekompetenztest 2018 haben Schüler mit günstigem sozioökonomischen Hintergrund im Schnitt 113 Punkte mehr als die sozioökonomisch benachteiligten Schüler erreicht. Damit war der Abstand zwischen diesen beiden Gruppen größer als im OECD-Durchschnitt (89 Punkte). Zudem hat sich der Abstand in Vergleich zu den PISA-Tests zwischen 2000 und 2015 wieder vergrößert. Das bedeutet, der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg hat sich wieder verschärft. Ursächlich hierfür kann unter anderem der deutliche Anstieg von Schüler mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren sein.

Zuletzt ist außerdem wieder ein Anstieg bei den Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, zu beobachten. Während im Jahr 2013 der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, auf nahezu fünf Prozent gesunken ist, lag der Wert 2019 bei 6,6 Prozent. Bei Schüler mit Migrationshintergrund lag der Anteil bei fast 18 Prozent, während er im Jahr 2013 noch bei fast elf Prozent lag.

An diesen Punkten muss angesetzt werden. Mangelnder Bildungserfolg führt zu einem erhöhten Armutsrisiko. Die Konsequenzen sind nicht nur für den Einzelnen erheblich, sondern für die Gesellschaft insgesamt, da mit entsprechenden Folgelasten für die sozialen Sicherungssysteme zu rechnen ist.

Ein zentraler Ansatzpunkt ist hierbei die frühkindliche Betreuung und Bildung, um bereits in jungen Jahren ungleiche Startbedingungen auszugleichen. Allerdings zeigt sich, dass in Deutschland der Anteil von unter dreijährigen Kindern ohne Migrationsgrund, die in eine Kindertageseinrichtung besuchen, deutlich höher ist als bei Kindern in dieser Altersgruppe mit Migrationshintergrund. Beim weiteren Ausbau der Betreuungsinfrastruktur müssen auch diesbezüglich Fortschritte erreicht werden, beispielsweise über spezifische Beratungs- und Informationsangebote.

Welche Auswirkungen die Corona-Krise und die Schulschließungen für die Teilhabe an Bildung haben werden, ist final noch nicht absehbar. Eine weitere Verschärfung der Disparitäten zeichnet sich jedoch ab, da beispielsweise die Unterstützung, die Schüler beim Lernen bekommen, vom Elternhaus abhängt und mit dem Bildungsniveau der Eltern korreliert. Außerdem sind Schüler aus sozial benachteiligten Haushalten häufig technisch schlechter ausgestattet, was sich - neben der fehlenden Betreuung durch die Eltern - als weiteres Hemmnis beim Distanzunterricht erweist.

Es gilt daher, rasch zusätzliche Maßnahmen aufzusetzen, um mögliche Bildungslücken, die durch Corona-bedingten Unterrichtsausfall oder fehlenden Präsenzunterricht entstanden sind, wieder zu schließen.

3.3 Umwelt- und Klimaschutzziele durch nachhaltiges Wachstum erreichen

Politisch gibt es auf allen Ebenen klare Bekenntnisse zu Umwelt- und Klimaschutzzielen. Die Herausforderung besteht darin, diese Ziele erreichen, dabei aber sowohl die soziale als auch die ökonomische Dimension zu beachten. Nachhaltiges Wachstum erfordert, die drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander in Ausgleich zu bringen.

Ein Primat für die ökologische Nachhaltigkeit würde bedeuten, Wirtschaftswachstum und sozialen Ausgleich Klima- und Umweltschutzzielen unterzuordnen. Das ist abzulehnen. Ohne Wirtschaftswachstum ist es nicht möglich, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Über Wachstum wird Einkommen generiert und so die finanzielle Basis für Umweltschutzmaßnahmen ebenso wie für sozialen Ausgleich geschaffen.

Genauso gilt: Eine ökologische Transformation, die zu Lasten von Arbeitsplätzen geht und Wohlstand gefährdet, wird in der Gesellschaft dauerhaft keinen Rückhalt finden.

Trotz der Irreversibilität, die mit Umweltschädigungen und Klimawandel einhergeht, muss im Sinne der Generationengerechtigkeit die soziale und ökonomische Dimension beachtet werden. Unterbleibt dies, würden insbesondere für die Schwächsten in der Gesellschaft die Zukunftsaussichten beeinträchtigt.

Die Herausforderung besteht deshalb darin, die ökologische Transformation so zu gestalten, dass Wachstum und Wohlstand gefördert werden und keine Benachteiligung einzelner gesellschaftlicher Gruppen entsteht. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die dafür sorgen, dass durch Wettbewerb auf den Märkten die entscheidenden Impulse für technischen Fortschritt und Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz, in der Energie- und Ressourceneffizienz sowie bei der Substitution oder beim Recycling von Rohstoffen entstehen. Nur so bleiben Arbeitsplätze und damit Chancen für künftige Generationen erhalten.

Ebenso müssen im schulischen Bereich sowie in der beruflichen Aus- und Weiterbildung die Kompetenzen vermittelt werden, die nötig sind, um den Wandel voranzutreiben und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten.

Ansprechpartner / Impressum

Beate Neubauer

Abteilung Sozial- und Gesellschaftspolitik

Telefon 089-551 78-534

Telefax 089-551 78-214

beate.neubauer@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Mai 2021